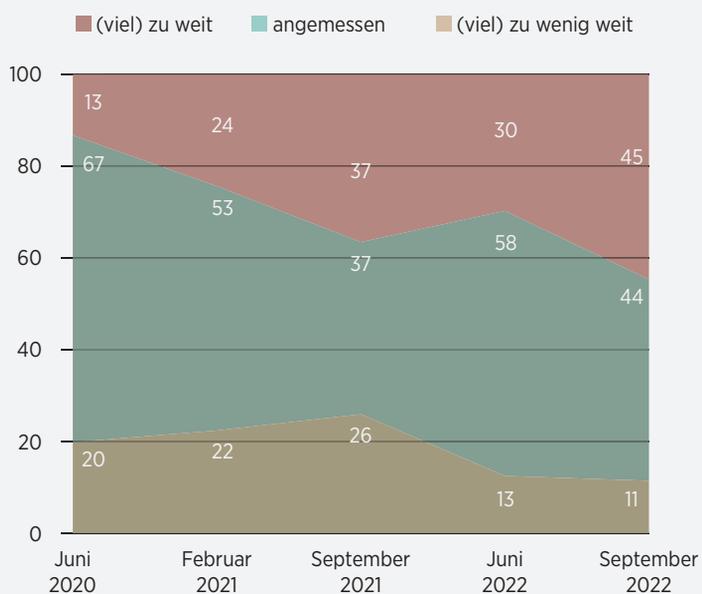
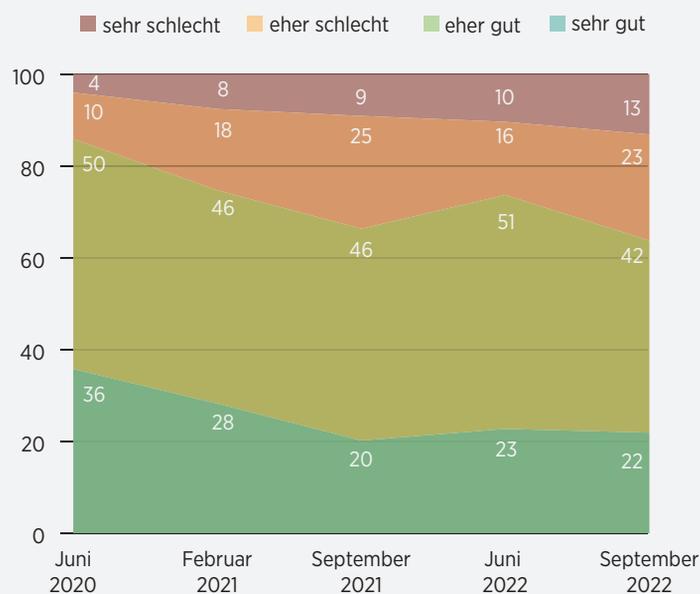


Entwicklung der öffentlichen Meinung zur Coronapandemie

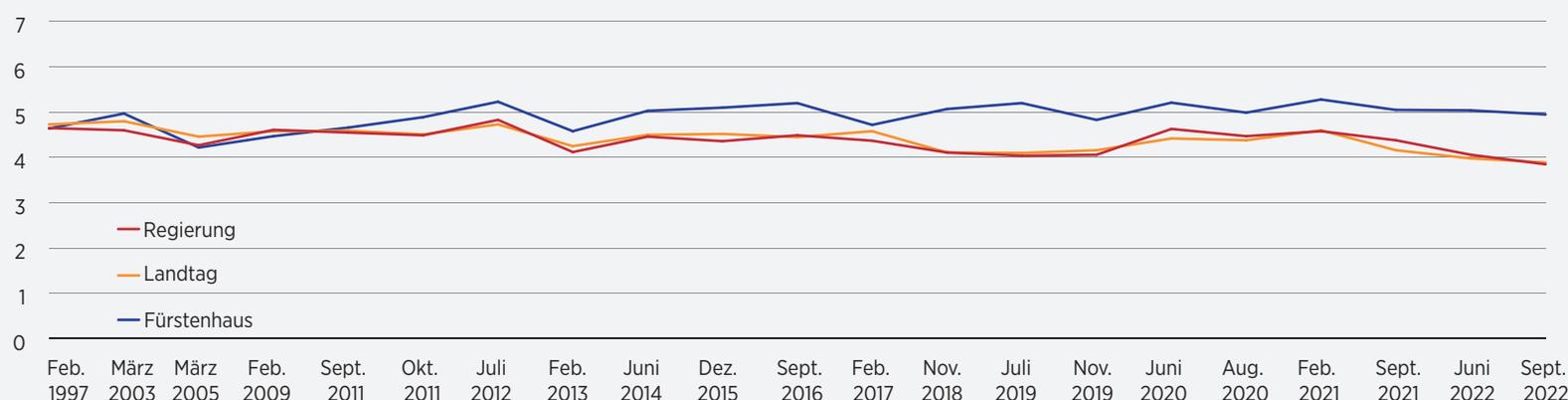
Einordnung der Coronamassnahmen im Pandemieverlauf (in %)



Beurteilung des Krisenmanagements der Regierung (in %)



Vertrauen in Landtag, Regierung und Fürstenhaus; Mittelwert auf einer Skala von 1 (=kein Vertrauen) bis 7 (=vollstes Vertrauen)



Quelle: Liechtenstein-Institut; Grafik: «Volksblatt», df

Frommelt: «Von Vertrauenskrise kann kaum die Rede sein»

2G-Abstimmung Die Abstimmung zum 2G-Gesetz diente auch als Stimmungsbild, wie diese Massnahme in der Bevölkerung wahrgenommen wurde. Obwohl eine Mehrheit mit Nein stimmte, erhält die Regierung noch immer recht gute Noten.

VON DANIELA FRITZ

Knapp 53 Prozent der Stimmberechtigten haben der Regierung bei der Abstimmung zum 2G-Gesetz am 18. September einen klaren Riegel vorgeschoben: Diese Massnahme darf damit im kommenden Herbst und Winter nicht mehr zum Einsatz kommen, andere Regelungen - darunter auch 3G und Lockdowns - stehen theoretisch hingegen noch zur Verfügung. Mitgespielt haben beim Ergebnis auch die subjektiven Erwartungen und nicht unbedingt rationalen Prognosen für die kommenden Monate: Wie eine Umfrage des Liechtenstein-Instituts in Zusammenarbeit mit den Tageszeitungen zeigt, geht eine Mehrheit der Befragten von einem «ruhigen» Winter aus.

Vergleich mit früheren Umfragen

Dementsprechend ist auch die Zustimmung zu den bisher getroffenen Massnahmen gesunken, wie der Vergleich mit früheren Umfrageergebnissen zeigt. «Mit zunehmenden Pandemieverlauf und vor allem in der Retrospektive ist der Anteil jener Personen, welche die Massnahmen als zu weitgehend erachteten, gestiegen», fasst Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts, zusammen.

So hat das Liechtenstein-Institut seit Ausbruch der Pandemie fünf Umfragen durchgeführt, die jeweils ein Stimmungsbild der damaligen Situation wiedergeben. Während im Juni 2020 zwei von drei Befragten (67 Prozent) die damals geltenden Massnahmen für angemessen hielten, waren es im Februar 2021 nur noch 53 Prozent. Im September 2021 sank deren Anteil dann erstmals unter 50 Prozent, nur noch gut ein Drittel war der Meinung, die Massnahmen



«Von einem grundsätzlichen und nachhaltigen Einbruch mit Blick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems kann nicht die Rede sein.»

CHRISTIAN FROMMELT
DIREKTOR LIECHTENSTEIN-INSTITUT

seien angemessen. Zur Erinnerung: Zu diesem Zeitpunkt stand die Einführung der Zertifikatspflicht zur Debatte. Auch Frommelt sieht den Hauptgrund für die sinkende Zustimmung in der starken Polarisierung rund um die Covid-19-Impfung. Zudem sei mit zunehmender Dauer der Pandemie von einer gewissen «Pandemiemüdigkeit» auszugehen.

Derzeit gelten in Liechtenstein keine Coronamassnahmen, weshalb die Befragten bei den letzten beiden Umfragen in diesem Jahr gefragt wurden, wie sie die Massnahmen rückblickend einstufen. Während im Juni 2022 doch wieder 58 Prozent die Massnahmen angemessen fanden, waren es bei der jüngsten Umfrage nur noch 44 Prozent. Umgekehrt fanden 45 Prozent der Befragten, dass diese zu weit gingen. Es ist der höchste Wert seit Ausbruch der Pandemie, bisher waren höchstens 37 Prozent dieser Meinung. «Es ist davon auszugehen, dass hier ein ge-

wisser Befragungseffekt vorliegt», begründet Christian Frommelt. Einerseits habe die Umfrage zur 2G-Abstimmung besonders die massnahmenkritischen Personen stark mobilisiert, andererseits habe sich das Meinungsbild in dieser Frage nochmals zugespitzt.

Als «Klatsche» für die Regierung kann das Abstimmungsergebnis vom 18. September aber nicht gedeutet werden. Die Befragten differenzieren nämlich durchaus zwischen den getroffenen Massnahmen und dem Krisenmanagement der Regierung. Über alle fünf Umfragen hinweg erhält die Regierung mehrheitlich gute Noten, auch wenn die Zustimmung im Pandemieverlauf etwas sank. Im September 2022 bewerteten aber immer noch 64 Prozent der Befragten das Krisenmanagement der Regierung als sehr oder eher gut. Umgekehrt vergaben 36 Prozent schlechte Noten - der höchste Wert seit Ausbruch der Pandemie, knapp gefolgt vom September 2021 (34 Prozent). Als sehr schlecht bewertete das Krisenmanagement gemäss Frommelt aber nur eine kleine Minderheit.

«Damit wird deutlich, dass auch ein substanzieller Anteil jener, welche die Massnahmen rückblickend als zu weitgehend betrachten, das Krisenmanagement insgesamt als eher gut oder sehr gut bewerten», fasst Frommelt zusammen. Besonders kritisch hätten sich wenig überraschend Anhänger der neuen Partei «Mensch im Mittelpunkt (MiM) gezeigt, während Sympathisanten von FBP, VU und Freier Liste den Massnahmen und der Regierung positiver gegenüberstehen.

Demokratie besteht «Stresstest»

Den «Stresstest» Coronapandemie habe die Demokratie in Liechtenstein aber bestanden, verweist das

Liechtenstein-Institut auf weitere Ergebnisse aus der Umfrage. Nicht nur sei die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hierzulande im europäischen Vergleich gross. Die Systemzufriedenheit ist in den letzten 25 Jahren auch nur geringen Schwankungen ausgesetzt - daran habe auch Corona nur wenig geändert.

Zwar ist die Zufriedenheit derzeit so tief wie noch nie in den vergangenen Jahren. Auf einer Skala von 1= sehr unzufrieden bis 4=sehr zufrieden liegt der Mittelwert derzeit bei 2,73. Das ist sogar nochmals geringer als im Juni 2020 (2,76) - also nach der ersten Welle. Frommelt deutet dies aber nicht als besorgniserregend: «Von einem grundsätzlichen und nachhaltigen Einbruch mit Blick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems kann im Zuge der Coronapandemie aber nicht die Rede sein.»

Ein ähnliches Bild zeige sich bei den Vertrauenswerten in politische Institutionen wie dem Fürstenhaus, dem Landtag und der Regierung. Betrachtet man das durchschnittliche Vertrauen über einen längeren Zeitraum, haben sich die Werte während der Pandemie nicht fundamental geändert. Die Gerichte sowie das Fürstenhaus geniessen in der Bevölkerung relativ hohes Vertrauen, das im Laufe der Jahre nur geringen Schwankungen unterliegt.

Das Vertrauen in Regierung und Landtag war hingegen bei der jüngsten Befragung so gering wie noch nie, die Werte liegen aber immer noch auf ähnlichem Niveau wie 2018 und 2019 - also vor der Pandemie. Ähnlich sieht es bei den politischen Parteien aus. «Insgesamt kann von einer Vertrauenskrise in die Liechtensteiner Institutionen, also auch im Kontext der grossen Pandemie, kaum die Rede sein», so Frommelt.